Deutscher Bundestag
11. Wahlperiode

Drucksache 11/2165

20. 04. 88

Sachgebiet 7

Antrag
der Fraktion der SPD

Kooperative Strategie zur Stärkung der europäischen Wirtschaft und der Weltwirtschaft

Der Bundestag wolle beschließen:

Der Deutsche Bundestag stellt fest:

1. Konservative Politik und „Laisser-faire" sind gescheitert

Die in den letzten Jahren in der internationalen Wirtschaft festzustellenden Tendenzen haben gezeigt, daß sich die Ungleichgewichte verschärft und die Destabilisierungsfaktoren, die unsere wirtschaftliche Zukunft gefährden, vervielfacht haben. Diese negativen Faktoren haben nach und nach alle Aspekte der internationalen Wirtschaftstätigkeit in Mitleidenschaft gezogen: das weltweite Wirtschaftswachstums, das Währungssystem, den Handel, die Nord-Süd-Beziehungen, das Finanzsystem. Die Situation hat sich faktisch so verschlechtert, daß der Zustand der Welt in den 80er Jahren gefährdeter erscheint, als er in den 70er Jahren war, obwohl damals Inflation und Energiekrise – Probleme, die heute weitgehend unter Kontrolle sind – äußerst besorgniserregend waren.

Die jüngsten Entwicklungen scheinen darauf hinzuweisen, daß mit der Korrektur bestimmter wichtiger Ungleichgewichte begonnen worden ist; obwohl diese Entwicklungen das Gefühl einer falschen Sicherheit geschaffen haben, können sie doch denjenigen, die sich auskennen, keine Illusionen machen. Der Umfang der bestehenden finanziellen und außenwirtschaftlichen Ungleichgewichte ist derart, daß grundlegende Korrekturen notwendig werden, die aber mit der gegenwärtigen Politik nicht zu erreichen sind. Die Welt steht noch immer vor einer ernsten Wirtschaftskrise. Das kombinierte Risiko einer Verschärfung der Rezession, eines neuerlichen Finanzkrachs, einer stärkeren Instabilität der Devisenmärkte ist noch nicht verschwunden.

Unter den gegenwärtigen Umständen besteht ein wachsendes Risiko, daß mit dem Ende des Expansionszyklus und dem Einsetzen der Verlangsamungsphase in der Weltwirtschaft eine schwere Rezession auftritt, die wegen der bereits erwähnten Ungleichgewichte möglicherweise vernichtende Auswirkungen auf sozia-

ler und politischer Ebene in den entwickelten Ländern ebenso wie in den Entwicklungsländern haben kann.

An der allgemeinen Verschlechterung der Lage läßt sich ermessen, daß die in den wichtigsten Industrieländern geführten konservativen Wirtschaftspolitiken gescheitert sind. Der hemmungslose Wirtschaftsliberalismus, die Politik des Laisser-faire zusammen mit der hartnäckigen Weigerung, im richtigen Moment auf den Währungsmärkten einzugreifen, die Deregulierung, die Privatisierung, die Schwächung der internationalen Institutionen, der fast religiöse Respekt vor den blinden Marktkräften und die Unfähigkeit, für das Schuldenproblem der Dritten Welt eine politische Lösung zu finden, sowie der Mangel an Entschlossenheit zu einer wirksamen Koordinierung der Wirtschaftspolitik zwischen wichtigsten Industrieländern haben keineswegs bei der Lösung der Weltprobleme geholfen, sondern nur dazu gedient, sich mit der Krise einzurichten, so daß sich die Verwirrung gesteigert und die Ungleichgewichte noch verschärft haben.

2. Die Notwendigkeit einer neuen Strategie

Der jüngste Börsenkrach war das Ergebnis konservativer Politiken, immer schlimmer werdender wirtschaftlicher Ungleichgewichte und mangelnder Bereitschaft zur engen Zusammenarbeit. Will man eine noch tiefergreifende Weltwirtschaftskrise verhindern, ist eine radikale politische Änderung notwendig, um diese Ungleichgewichte und die Spannungen unter Kontrolle zu bekommen. Eine umfassende Reform des internationalen Währungssystems zur Sicherung stabilerer Wechselkurse, eine bessere Koordinierung der Politik, um die Anpassung und das Wachstum der Weltwirtschaft zu fördern, sowie eine korrekte Verteilung der Kapitalströme, um den Entwicklungsländern Hilfe zu leisten, sind jetzt notwendig. Das Ziel müßte die Einführung eines Systems sein, das sich auf den Dollar, den ECU und den Yen als die wichtigsten internationalen Währungen stützt, mit Zielzonen für die Wechselkurse und einer zunehmenden Koordinierung der makroökonomischen Politik, um so zu einer angemessenen Steigerung der Binnennachfrage zu gelangen, sowie der Stärkung der Rolle der multilateralen Institutionen, um Mittel zu den Entwicklungsländern zu transferieren.

Gleichzeitig ist notwendig, bessere harmonisierte und striktere Regulierungen der Finanzinstitute und Finanzmärkte zu erreichen, um die Sparer und Investoren zu schützen und um Instabilitäten vorzubeugen.

Finanzielle Stabilität und Expansion der Weltwirtschaft können nur erreicht werden, wenn eine Lösung für das drängende Problem der Verschuldung der Dritten Welt gefunden wird.

Es sind Maßnahmen nötig, damit die gegenwärtige skandalöse Situation beendet wird, daß die Dritte Welt Nettokapitaltransfers an die wichtigsten Industrieländer leistet. Diese Belastung verhindert die wirtschaftliche Entwicklung dieser Länder und verschärft den deflationären Trend der Weltwirtschaft.

In ihrem einstimmig von mehr als 80 Mitgliedsparteien gebilligten Bericht „Global Challenge" befürwortet die Sozialistische Internationale eine dreiteilige Strategie zur Überwindung der Wirtschaftskrise. Sie umfaßt erstens gemeinsame Maßnahmen zur Ankurbelung der Binnennachfrage und des internationalen Handels seitens der Regierungen, die dazu in der Lange sind; zweitens eine zeitliche Verschiebung und eine Reduzierung der internationalen Schulden sowie eine Neustrukturierung des gegenwärtigen Ungleichgewichts zwischen den Instituten der Privatwirtschaft und der staatlichen Wirtschaft; drittens eine Umverteilung der Ausgaben und der Nachfrage zwischen den Gesellschaftsgruppen, Klassen, Regionen und Ländern innerhalb der Weltwirtschaft, was wiederum den Wiederaufschwung und die Umstrukturierung selbst erleichtern würde.

3. Die Rolle der Gemeinschaft

In den kommenden Monaten werden die Länder, die der Gemeinschaft angehören, und die Gemeinschaft selbst eine entscheidende Rolle spielen.

Die jüngsten Dollarschwankungen haben gezeigt, in welchem Umfang Europa in Abhängigkeit von den Vereinigten Staaten geraten ist. Europa darf sich nicht mit einer zweitrangigen Rolle zufriedengeben. Es muß stärkeren Einfluß auf die Weltwirtschaft nehmen und sich nicht darauf beschränken, Maßnahmen der Vereinigten Staaen abzuwarten. Die zwölf Länder der Europäischen Gemeinschaft müssen jetzt konstruktiv zusammenarbeiten, um zu einer Einigung über klare und realistische Vorschläge für die dringendsten Fragen zu kommen: internationales Währungssystem, GATT-Verhandlungen, Regulierung der Finanzmärkte, Schulden der Dritten Welt. Untereinander koordinierte mittelfristige Wirtschaftspolitiken müssen ausgearbeitet werden, um ein stärkeres nichtinflationäres Wachstum der europäischen Wirtschaft sicherzustellen.

Im Rahmen der Gemeinschaft müssen die Europäischen Strukturfonds entwickelt und auf vorrangige Ziele konzentriert werden: ausgeglichene Regionalentwicklung, Hilfen für die Beschäftigung von jungen Menschen, Wiedereingliederung von Langzeitarbeitslosen. Im übrigen müssen sich die zuständigen europäischen Instanzen unverzüglich über die Voraussetzungen und die Durchführungsmodalitäten für ein echtes Mindesteinkommen und über die Entwicklung von Sozial- und Beschäftigungsinitiativen einig werden.

Die Europäische Gemeinschaft sollte zudem eine Politik zur Stärkung staatlicher und privater Investitionen in sämtlichen Mitgliedsländern entwickeln, wobei jedes den Spielraum, über den es aufgrund seiner eigenen Wirtschaftslage verfügt, auszunutzen hat. Eine solche wirtschaftliche Stärkung würde dazu beitragen, die Hindernisse für die schrittweise Errichtung des großen Binnenmarktes und für die notwendigen Reformen der wichtigsten Gemeinschaftspolitiken, angefangen mit der gemeinsamen Agrarpolitik bis hin zu der Regional- und Strukturpolitik, abzubauen.

Jedes Mitgliedsland der Gemeinschaft muß eine ähnliche Expansionspolitik verfolgen, und an diese Politik sollten sich auch die Drittländer in Europa und Japan anschließen, um amerikanischen Maßnahmen zur Beschränkung von Importen zuvorzukommen.

Eine Stärkung des EWS und eine viel breitere Verwendung der ECU können ebenfalls zur Lösung der Probleme beitragen, die durch die Instabilität der Weltwirtschaft, wie Zahlungsbilanzungleichgewichte, Schwankungen der Kapitalströme oder der Wechselkurse entstanden sind. Ohne eine solche Stärkung wird eine weitergetriebene Liberalisierung der Kapitalbewegungen zum potentiellen Störfaktor für die Währungsbeziehungen.

Währungskooperation ist niemals neutral. Notwendig ist eine Zusammenarbeit bei den Wechselkursen, verbunden mit einer Keynes'schen oder sonstigen Expansionspolitik, deren oberstes Ziel die Steigerung der Produktion, der Beschäftigung und der Einkommen in den Mitgliedstaaten ist. Eine solche Strategie könnte den derzeitigen Trend zu einer „begger-my-neighbour"-Deflation umkehren in einen „better-my-neighbour"-Aufschwung von Nachfrage und Handel. Solch eine Politik würde die Finanzierung zusätzlicher Ausgaben erleichtern und ihre Wirkung steigern. Ausgaben sollten sowohl für eine industrielle Erneuerung wie für soziale Aufgaben getätigt werden, die für die Erhaltung und Ausweitung des Wohlstands in der Gesellschaft eine entscheidende Rolle spielen.

In unmittelbarer Zukunft muß sich das notwendige Aktionsprogramm auf eine koordinierte Strategie für Wachstum und Beschäftigung in Europa konzentrieren. Das Argument, eine solche Strategie führe zu Inflation, trifft gegenwärtig und in absehbarer Zukunft nicht zu. Es besteht vielmehr die deutliche Gefahr, daß ein Verzicht auf Aktion unsere Länder in eine Rezession führt, an deren Ende die heutige massive Arbeitslosigkeit noch höher ist.

Bisher haben die konservativen Regierungen Großbritanniens, Frankreichs und der Bundesrepublik Deutschland den wirtschaftlichen Wiederaufschwung Europas blockiert. Der Deutsche Bundestag ist der Auffassung, daß diese konservativen Regierungen ihre Politik ändern müssen, und fordert die übrigen Regierungen, die dazu in der Lage sind, auf, sich anzuschließen. Diese Regierungen müssen wissen, daß ihre europäischen Partner von ihnen mehr erwarten als Preisstabilität. Sie erwarten von ihnen auch einen Beitrag zu wirtschaftlichem Wachstum, zur Verbesserung der Beschäftigung und zur Stärkung des europäischen Handels.

In der unmitelbaren Zukunft und um den gegenwärtigen Problemen gerecht zu werden, muß die Gemeinschaft noch vor dem Gipfel von Toronto und vor dem Ende des Mandats der gegenwärtigen Kommission Ende des Jahres gemeinsame Maßnahmen treffen.

Der Deutsche Bundestag fordert die Staats- und Regierungschefs der Zwölf auf, diese Probleme beim bevorstehenden Gipfel in Hannover aufzugreifen.

Bonn, den 20. April 1988

Dr. Vogel und Fraktion

Begründung

Aufgrund der weltwirtschaftlichen Ungleichgewichte, Unsicherheiten und Instabilitäten sieht der Bund der Sozialdemokratischen Parteien der Europäischen Gemeinschaft die dringende Notwendigkeit für einen wirtschaftspolitischen Kurswechsel in Europa. Die vorstehende gemeinsame Resolution „Die Europäischen Sozialisten und die Weltwirtschaftskrise" wurde am 4. März 1988 in Paris beschlossen. Sie wird im Mai 1988 in allen Parlamenten der Europäischen Gemeinschaft zur Diskussion gestellt.

Druck: Thenée Druck KG, 5300 Bonn, Telefon 23 19 67
Alleinvertrieb: Verlag Dr. Hans Heger, Postfach 20 13 63, Herderstraße 56, 5300 Bonn 2, Telefon (02 28) 36 35 51
ISSN 0722-8333